

3. Potentielle Zielgruppen und Implementierungsansätze für den ZFD

Im zweiten Abschnitt dieser Arbeit sind die Rahmenbedingungen der ruandischen Gesellschaft behandelt worden, innerhalb derer sich ZFD-Projekte bewegen werden. Im folgenden soll nun genauer analysiert werden, welche Zielgruppen für die Projekte des ZFD in Frage kommen, und welche Methoden der Kooperation erfolgreich ersprechend erscheinen. Der Katalog der einzelnen Zielgruppen soll in offener Reihenfolge aufgelistet werden, um an jedem Beispielmögliche Arbeitsansätze diskutieren zu können.

Frauen

Frauen sollten als eine durch den Genozid stark belastete Bevölkerungsgruppe in Ruanda im ZFD vorrangig behandelt werden. Sie tragen besonders schwer an den Folgen der gewalttätigen Auseinandersetzungen,¹ allein schon durch die massive demographische Verschiebung, die als Folge des Genozids aufgetreten ist: In der Altersgruppe der 20-39-jährigen sind 58% weiblichen Geschlechts, bei den 40-59-jährigen liegt die Quote sogar bei 61%.² Da unverheiratete oder verwitwete Frauen aber in der Gesellschaft in vielen Bereichen benachteiligt werden, sind die Folgen des Völkermordes für sie oft noch gravierender als für Männer. Frauen leiden z.B. als Opfer sexueller Gewalt, als Witwen mit stark reduziertem oder ganz verweigertem Erbsanspruch, als rechtlose und mittellose Unverheiratete, als allein erziehende Mütter, als Opfer häuslicher Gewalt, als alleinstehende Flüchtlinge, denen ohne eigene Familie kein neues Haus zugewiesen wurde, oder durch Erwerbslosigkeit, weil ihnen als Mädchen Schulbildung nicht ermöglicht wurde. In fast allen Lebenssituationen außer als Ehefrau eines wohlhabenden und umsichtigen Mannes sind sie also als deutlich benachteiligte Gruppe in der Gesellschaft zu verstehen.

Andererseits können aber gerade Frauen als Erzieherinnen ihrer Kinder, als Familienvorstände, als Alleinverdienende in den Familien, aber auch als Mitglieder in Betrieben, Gremien, Gemeindeinitiativen oder in Produktionsgemeinschaften einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung auf der Mikroebene leisten. Frauen eröffnen den Zugang zu wichtigen Zielgruppen, ohne die eine Verankerung einer Kultur der gewaltfreien Konfliktbewältigung kaum möglich ist.

Frauenprojekte im ZFD sollten zwei Grundansätze verfolgen: Zumeinensollten Frauen mehr Partizipationsmöglichkeiten an wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entscheidungsprozessen erreichen. Weibliche Armut, Obdachlosigkeit und die Ausgrenzung von

¹ Siehe dazu: Unger, Barbara: Geschlechterdifferenzierung der EZ vor, während und nach gewalttätigen Konflikten, in: Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten, Berlin 2000, S. 251-255

Witwen, Unverheiratete oder Behinderte zu reduzieren, ist per se schon ein Weg zur Sicherung der Menschenrechte in Ruanda. Die Einbindung von Frauen in die Zivilgesellschaft und in die Wirtschaft kann aber auch dazu beitragen, dass das Gewaltpotential in der Gemeinschaft sinkt, weil frauengeprägte Gruppen oft über friedlichere Methoden der Konfliktlösung verfügen als männlich dominierte. Die Stärkung von Frauen als Teilhaberinnen der ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen baut also nicht nur weibliche Armut und Benachteiligung ab, sie führt auch zu einer aktiveren Verbesserung der Konfliktkultur einer Gesellschaft. Zweitens sollten ZFD-Projekte die Multiplikationsfunktion von Frauen in ihrem Umfeld für sich nutzen. Über die Frauen könnten z.B. Jugendliche, Produktionsgemeinschaften, Kirchen- und Jugendgruppen etc. von Fortbildungen zur Versöhnung und konstruktiven Konfliktbewältigung profitieren.

Projektmöglichkeiten im ZFD

Projektmöglichkeiten bieten sich z.B. in Kombination mit Einkommensschaffenden Maßnahmen, etwa im Bereich der Vergabe von Kleinkrediten an Produktionsgruppen von Witwen und obdachlosen Frauen. Z.B. im Rwanda Women Network oder bei Twese Hamwe haben sich Hunderte von Frauen zusammengeschlossen, die gemeinsam für sich neue Häuser gebaut und landwirtschaftliche Produkte erzeugt haben. Diese Gruppen könnten ökonomisch gefördert werden und gleichzeitig Fortbildungen zu den Themen Gewaltfreiheit und Versöhnung erhalten. ZFD-Projekte können sich also an bestehende Partnerschaften mit Zielgruppen der klassischen EZ anhängen, um den Zielgruppen ein Paket von Maßnahmen anbieten zu können, das um den Aspekt der Friedenssicherung erweitert wurde. Dieser kombinierte Ansatz kann dazu beitragen, den Zugang zu einer großen Gruppe von Frauen zu finden, ohne diese durch immer neue Projektgruppen zu überlasten.

Frauengruppen, die sich schon aus der gemeinsamen Landwirtschaft oder Hausbauinitiativen kennen, bieten außerdem ein gutes Umfeld für die Behandlung von Traumata und psychischen Gewaltfolgen. Gerade in der ruandischen Kultur ist es wichtig, ein erlittenes Unglück im Rahmen der eigenen Familie, aber auch in der Dorfgemeinschaft gemeinsam mit anderen zu bewältigen, statt individuell für sich. ZFD-ExpertInnen könnten also diesen schützenden Rahmen nutzen, um die Frauengruppen auch in die Traumabehandlung einzubeziehen.

Weiter ist es auch wichtig, die juristische Absicherung von Frauen und ihre rechtliche Gleichstellung weiter zu betreiben. Ein ZFD-Projekt könnte also z.B. im Justizministerium dazu beitragen, dass häusliche Gewalt gegen Frauen (und Kinder) unter Strafe gestellt wird, dass

²Republic of Rwanda Ministry of Finance and Economic Planning (Hg.): 1999 Rwanda Development Indicators, Kigali 1999, S. 135

die Frauen im Erbrecht, im Sorgerecht und in der Bewirtschaftung des Familienlandes den Männern gleichgestellt werden, dass die strukturellen Ausgrenzung von Frauen aus Führungspositionen in Politik und Wirtschaft abgebaut wird und dass Frauen im Bereich der Aufarbeitung des Genozids, also vor allem bei den Gacacas, ausreichend integriert werden.

Jugendliche und Waisen

Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren stellen mehr als 45% der ruandischen Bevölkerung, und die Rate des Bevölkerungswachstums liegt mit 3,6% pro Jahr selbst im afrikanischen Kontext enorm hoch.³ Das bedeutet neben den ökonomischen und ökologischen Folgen der Überbevölkerung in kleinen Ruanda auch, dass ein hoher Bedarf an Erziehung und Bildung in einem Land besteht, dessen Gesellschaft zu tiefst durch den Genozid traumatisiert ist. Gewalt und Gegengewalt werden von Generation zu Generation durch die Familie und die Gesellschaft als Verhaltensmuster weitergereicht, und wenn diese Ketten nicht durch aktive Aufklärungsarbeit unterbrochen wird, ist eine erneute Eskalation absehbar. Vor allem die Generation der heute sechs- bis 20-jährigen ist in einem Klima der Gewalt, Zerstörung und Verunsicherung aufgewachsen, ohne ein Bild einer friedlich funktionierenden Gesellschaft verinnerlichen zu können.

Waisenkinder, wie sie in Ruanda zu Hunderttausenden als Opfer des Genozids (und von HIV) in Pflegefamilien oder in Heimen leben, haben noch weniger als andere Kinder die Gelegenheit, psychisch und körperlich unversehrt aufzuwachsen und das kollektive wie individuelle Trauma des Völkermordes zu bewältigen. In dieser Bevölkerungsgruppe wird zukünftig das höchste Krisen- und Gewaltpotential erwartet. Nicht zuletzt ist bemerkenswert, dass männliche (aber auch weibliche) Waisenkinder in Ruanda aufgrund mangelnder Einbindung in familiäre Erwerbsstrukturen (Landwirtschaft, Handwerk) überdurchschnittlich oft in den Armeediensteintreten.

ZFD-Projekte mit der Zielgruppe Jugendliche sollten also vorrangig die Bewältigung erlittener Traumata zum Inhalt haben. Daraus abgeleitet kann auch die Erziehung zur Gewaltfreiheit im Mittelpunkt der Projektarbeit stehen.

Projektmöglichkeiten im ZFD

In Kigali wird derzeit ein Freizeit-Zentrum für Jugendliche eingerichtet, das neben Straßenkindern auch Waisen und Kinder aus schwachen Sozialstrukturen einbinden möchte. In Rahmen dieses Zentrums könnten Fachkräfte des ZFD z.B. psychologische Betreuung von trau-

matisierten Jugendlichen anbieten. Außerdem kann in Theatergruppen, die eigene Gewaltgeschichte der Jugendlichen thematisiert werden, um dann alternative Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Das GTZ-Programm zur Verbesserung der Lehrpläne an den Primar- und Sekundarschulen kann durch ein Projekt zur dezidierten Friedenserziehung erweitert werden. Im Bereich Medien bietet sich eine Stelle für eine ZFD-Fachkraft an, die Hilfestellung leistet bei der Konzeption und Erstellung von Jugendsendungen im Radio mit versöhnlichem und Gewaltreduzierendem Inhalt.

Traumatisierte Opfer des Genozids

Wie beim Kapitel Jugendliche und Waisens schon angesprochen, sind große Teile der ruandischen Bevölkerung durch die Ereignisse des Völkermordes traumatisiert worden. Viele Menschen haben die Ermordung ihrer Angehörigen mit ange sehen und wurden selbst durch Gewalt einwirkung körperlich und psychisch schwer verletzt. Die physischen Wunden bereiten vielen Opfern von Machetenhieben, Gewehrschüssen, Minendetonationen und Steinigungen noch Schmerzen und beeinträchtigen ihre Leistungsfähigkeit im Alltag. Mindestens ebenso schwerwiegend empfinden sie jedoch die psychischen Folgen der Gewalterfahrungen. Schlafstörungen, Migräne, unklare Schmerzempfindungen, Apathie, Angstattacken, Kommunikationsblockaden, Depressionen, Aggressivität, unstillbare Rachewünsche, Schizophrenie aber auch Suizid(-versuche) sind häufige Folgen der nicht bewältigten Traumata. Viele Opfer sind nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu verdienen bzw. ihre Familien zu versorgen, so dass Armut und Verelendung als Folgeschäden auftreten. Die Traumatisierung einer Eltern- und Kindergeneration hat zur Folge, dass die Gewalterfahrung fester Bestandteil des kollektiven Bewusstseins seiner ganzen Generation verankert wird. Wie schwer die gemeinsame Bewältigung und Überwindung einer solchen Bürde fällt, kann deutlich am Beispiel Südafrika nachverfolgt werden. Der dortige Versuch, mit Hilfe einer Wahrheitskommission die Vergangenheit in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses zu holen und damit die Auseinandersetzung mit dem Thema auf einer breiten sozialen Basis anzuregen, hat ermutigende Ergebnisse gezeigt. In Uganda könnte das Instrument Gacaca ebenso zu einer weitreichenden Diskussion der Ergebnisse vor und während des Genozids beitragen.

³ebda., S. 133, zum Vergleich: in Uganda liegt die Wachstumsrate bei 2,7% p.a., in Burundi bei 2,6%, in Südafrika bei 2,3%,

Schwierig wird es jedoch werden, die Spaltung der Völkermordnochtiefer geworden ist, wieder zu überbrücken. Hutu und Tutsi, Stadt- und Landbevölkerung, privilegierte Viehsitzer und rechtlose Ackerbauern haben sich im letzten Jahrzehnt noch verhärtet. Es gibt noch keinen Diskurs darüber, dass nicht alle Hutu TäterInnenInnen im Genozid waren, und nicht alle Tutsi Opfer, sondern dass es eine Vielzahl von Einzelschicksalen gab, in denen sich die Grenzen verwischen und ihrer Vorgeschichte können dazu beitragen, die Klischees abzubauen. Die Bewältigung von Einzelschicksalen, aber auch die Einbindung der Opfer in Gruppen kann zur Selbsthilfe beitragen und helfen, ihre Interessen zu bündeln und Solidarität ohne Racheintention zu entwickeln.

uandischen Gesellschaft, die nach dem brücken. Die tradierten Stereotypen über die Viehsitzer und rechtlose Ackerbauern verhärtet. Es gibt noch keinen Diskurs darüber, dass nicht alle Hutu TäterInnenInnen im Genozid waren, und nicht alle Tutsi Opfer, sondern dass es eine Vielzahl von Einzelschicksalen gab, in denen sich die Grenzen verwischen und ihrer Vorgeschichte können dazu beitragen, die Klischees abzubauen. Die Bewältigung von Einzelschicksalen, aber auch die Einbindung der Opfer in Gruppen kann zur Selbsthilfe beitragen und helfen, ihre Interessen zu bündeln und Solidarität ohne Racheintention zu entwickeln.

Projektmöglichkeiten im ZFD

In Ruanda gibt es bisher kaum FachärztInnen für Psychiatrie, Psychologie, Psychotherapie oder Fachkräfte für psychologisch orientierte Sozialarbeit. Dabei ist der Bedarf an SpezialistInnen enorm. Für westliche PsychologInnen dürfte es aber aufgrund der sprachlichen und kulturellen Barrieren schwierig sein, selbst therapeutisch zu wirken. Im Rahmen des ZFD sollte daher die Aus- und Fortbildung von einheimischen Fachkräften zur Traumabehandlung gefördert werden. Die einzige Klinik für schwersttraumatisierte Opfer des Genozids in Kigali bedarf ebenfalls einer fachlichen und organisatorischen Unterstützung, um der reinen Verwahrung der oft psychotischen PatientInnen auch ein therapeutisches Angebot hinzuzufügen zu können. Da Gacaca als Instrument der juristischen Bewältigung des Genozids in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen wird, ist es auch notwendig, diese Dorfgerichte als Vermittler von Versöhnung zu nutzen. Fachkräfte des ZFD können die gewählten Gacaca-Mitglieder auf ihre Aufgaben vorbereiten. Sie können Programme zum Schutz für die ZeugInnen anleiten oder in den Gemeinden Diskussionsforen parallel zu den Prozessen unterstützen, in denen die Aussagen in den Verhandlungen aufgegriffen und besprochen werden. Für viele Menschen, ob als Gacaca-RichterInnen, ZeugInnen, ZuhörerInnen oder Verurteilte, werden die Gacacas die Erinnerung und Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Völkermordes wieder auffrischen. Es ist notwendig, die Beteiligten bei dieser Konfrontation mit der Vergangenheit zu begleiten und bei Versöhnungsversuchen zu unterstützen. Das Gesetz zu den Gacacas sieht vor, dass Geständnisse der TäterInnenInnen zu deutlichen Strafmilderungen führen sollen. Durch Gesrdeten Informationen über das Schicksal und den Verbleib ihrer Familienmitglieder erhalten, was ihnen helfen kann, die Erlebnisse besser zu verarbeiten. ZFD-Kräfte könnten also RechtsberaterInnen fortbilden, die die Be-

chiatry, Psychology, Psychotherapy oder Fachkräfte für psychologisch orientierte Sozialarbeit. Dabei ist der Bedarf an SpezialistInnen enorm. Für westliche PsychologInnen dürfte es aber aufgrund der sprachlichen und kulturellen Barrieren schwierig sein, selbst therapeutisch zu wirken. Im Rahmen des ZFD sollte daher die Aus- und Fortbildung von einheimischen Fachkräften zur Traumabehandlung gefördert werden. Die einzige Klinik für schwersttraumatisierte Opfer des Genozids in Kigali bedarf ebenfalls einer fachlichen und organisatorischen Unterstützung, um der reinen Verwahrung der oft psychotischen PatientInnen auch ein therapeutisches Angebot hinzuzufügen zu können. Da Gacaca als Instrument der juristischen Bewältigung des Genozids in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen wird, ist es auch notwendig, diese Dorfgerichte als Vermittler von Versöhnung zu nutzen. Fachkräfte des ZFD können die gewählten Gacaca-Mitglieder auf ihre Aufgaben vorbereiten. Sie können Programme zum Schutz für die ZeugInnen anleiten oder in den Gemeinden Diskussionsforen parallel zu den Prozessen unterstützen, in denen die Aussagen in den Verhandlungen aufgegriffen und besprochen werden. Für viele Menschen, ob als Gacaca-RichterInnen, ZeugInnen, ZuhörerInnen oder Verurteilte, werden die Gacacas die Erinnerung und Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Völkermordes wieder auffrischen. Es ist notwendig, die Beteiligten bei dieser Konfrontation mit der Vergangenheit zu begleiten und bei Versöhnungsversuchen zu unterstützen. Das Gesetz zu den Gacacas sieht vor, dass Geständnisse der TäterInnenInnen zu deutlichen Strafmilderungen führen sollen. Durch Gesrdeten Informationen über das Schicksal und den Verbleib ihrer Familienmitglieder erhalten, was ihnen helfen kann, die Erlebnisse besser zu verarbeiten. ZFD-Kräfte könnten also RechtsberaterInnen fortbilden, die die Be-

schuldigten juristisch beraten, sie über die rechtlichen Konsequenzen ihrer Tat aufklären und ihnen den Weg zur Reintegration in die Gemeinschaft erleichtern. Des Weiteren kann es für die traumatisierten Opfer des Genozids hilfreich sein zu wissen, dass die Schicksale ihrer Familien und ihre eigenen Erlebnisse nicht in Vergessenheit geraten, selbst wenn die TäterInnenInnen nicht geständig oder die Opfer unauffindbar sind. Es hilft vielen traumatisierten Menschen, wenn Sie über ihre Erlebnisse mit Unbeteiligten sprechen und damit etwas von dem Unfaßbaren mitteilen können. Die Dokumentation der Zeugenaussagen hilft, den Wert der Einzelschicksale zu schätzen und lehrreiche Zeugnisse für spätere Generationen zu bewahren. Im Rahmen des ZFD können also Zentren zur Sammlung und Archivierung von Zeugenaussagen der TäterInnenInnen wie der Opfer eingerichtet werden. Begrüßenswert wäre auch die Einrichtung einer nationalen Wahrheitskommission, in der ZFD-Fachkräfte ebenfalls beratend und begleitend tätig sein können.

Flüchtlinge

Das Kapitel zu den Lebensumständen der Flüchtlinge in Ruanda hat aufgezeigt, dass in dieser Bevölkerungsgruppe ein erhöhtes Konflikt- und Gewaltpotential liegt. Faktoren wie die Vertreibung aus ihren Häusern und Dörfern, die teilweise erzwungene Ansiedlung in teilweise unbeliebten Imidugudu, der Verlust von Angehörigen im Genozid oder die Inhaftierung von Familienmitgliedern als Angeklagte des Völkermordes führen zu einer instabilen ökonomischen wie psychischen Verfassung in den meisten Familien. Abgesehen von den Zehntausenden, die auch 2001 noch in den Flüchtlingslagern in Byumba oder bei Gisenyi leben⁴ und deren Obdachlosigkeit und Erwerbslosigkeit schon seit drei Jahren fortbesteht, leiden auch die bereits neu angesiedelten Flüchtlinge unter unzureichendem Landbesitz und Armut durch fehlende Erwerbsmöglichkeiten, Traumatisierungen und zerstörten sozialen Bindungen. Sicherlich ist es vorrangig, für die noch in Camps lebenden Menschen endlich politische Lösungen zu finden, die ihnen die Rückkehr in ihre Heimatregionen oder einen Neubeginn in ruandischen Siedlungen ermöglichen. Die jahrelange Kasernierung in den Camps ist an sich schon eine Verletzung der Menschenrechte, die beendet werden sollte. Im nächsten Schritt geht es dann darum, das Krisenpotential in den neuen Siedlungen zu reduzieren. Dazu bedarf es mehrerer verschiedener Ansätze:

⁴ Bei diesen Flüchtlingen handelt es sich zum größten Teil um KongolesInnen, die 1998 vorübergriffen ruandischer und kongolesischer Milizen nach Ruanda geflohen sind. Es leben aber auch noch viele Hutu-Flüchtlinge im Nordwesten Ruandas in den informellen Flüchtlingslagern, die z.T. seit 1994 ihre Heimatregionen nicht mehr erreichen können.

Zunächst sollten durch Landreform und Infrastrukturmaßnahmen ausreichende Landressourcen oder andere Erwerbsmöglichkeiten für die Flüchtlinge geschaffen werden, um deren Verelendung einzudämmen. Auch eine angepasste und nachhaltige Kampagne zur Geburtenregulierung und HIV-Prävention ist nötig, um die Lebensperspektiven für die BewohnerInnenInnen der Dörfer langfristig zu verbessern. Die ohnehin schon äußerst knappen natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen in Ruanda üben bereits einen erheblichen Konkurrenzdruck auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen aus, der entschärft werden muss, um zukünftige Verteilungskämpfe einzugrenzen.

Des Weiteren kann das Gewaltpotential innerhalb der neuen Siedlung gesenkt werden, wenn die ehemaligen Flüchtlinge eine stärkere Identifikation mit der neuen Lebensweise und deren sozialen Umwelt entwickeln. D.h., dass die Aussicht auf ein gewaltfreies Zusammenleben dann höher sind, wenn in den Dorfgemeinschaften die Akzeptanz der MitbewohnerInnenInnen gesichert ist. Bisher leben jedoch TäterInnenInnen und Opfer des Völkermordes oft in unfreiwilliger Nachbarschaft, ohne dass ein gewachsenes soziales Netz zur Konfliktbewältigung vorhanden ist. Eventuell können die Gacacas dazu beitragen, dass eine offenere Verarbeitung der Vergangenheit im neuen Lebensumfeld stattfindet, um daraus tragfähige soziale Strukturen in den Dörfern wachsen zu lassen.

Projektmöglichkeiten im ZFD

Neben der genuinen EZ-Aufgabe der Armutsbekämpfung und Infrastrukturverbesserung hat der ZFD gute Projektmöglichkeiten, um das friedliche Zusammenleben in den neuen Dörfern der ehemaligen Flüchtlinge zu sichern. Dader Zugang zu Agrarflächen ein zentraler Punkt im Zusammenleben der dörflichen Gemeinschaften ist, ist die Regulierung der Landverteilung auch wichtig für den Abbau der potentiell gefährlichsten Krisenursachen im ländlichen Raum. Das Gesetz zur Regelung von Landbesitz und Erbpachtrechten bedarf einer dringenden Reform bzw. Neuregelung. Hier könnten Juristen eine beratende Funktion bei der Gesetzgebung leisten und im zweiten Schritt die Anwendung der neuen Bestimmungen in den Gemeindegängen begleiten. Es sollte in den Dorfgeldern neu verteilt werden, und dass der meindentransparent machen und bei der Implementierung Begleiter sein, warum die Felder neu verteilt werden, und dass der Vergabeschlüssel möglichst gerecht und zukunftsorientiert dangelegt ist. Oft ist es auch produktiv, in den Dörfern eine gemeinsame Bewirtschaftung einzelner Felder, z.B. mit Baumschulen oder Weideflächen anzuregen, statt nur die Produktion in Familienbetrieben zu fördern.

Die gemeinsame Bewirtschaftung von Agrarflächen kann schon ein erster Schritt sein, zu gewaltfreien Strategien zu finden, wenn es gilt, Konflikte in der Gemeinschaft zu regeln. In der tiefgespaltenen ruandischen Gesellschaft sind jedoch noch viel komplexere Ansätze zur Bil-

dung von tragfähigen sozialen Strukturen notwendig. ZFD-Fachkräfte könnten daher in der Ausbildung von gemeinwesenorientierten Sozialarbeit erInnen tätig werden. Sie können auch TrainerInnen fortbilden, die in den Dörfern, als Ersatz für die traditionellen Formen des Krisenmanagements durch die Dorfältesten, gewaltfreie Formender Konfliktbewältigung vermitteln. Kulturelle oder sportliche Aktivitäten tragen ebenfalls dazu bei, auf der Mikroebene die Identifikation mit der Gemeinde zu stärken und Brücken über Trennendes zu schlagen. Die Bewältigung der jahrzehntelangen ethnisierten Spaltung wird erleichtert, wenn ein tiefgreifender Dialog zwischen den Parteien des Konfliktes einsetzt, der in langen Zeiträumen gesehen vielleicht zu einer tatsächlichen Versöhnung führt. Bei diesem Prozess können ZFD-Fachkräfte behilflich sein, wenn sie unter den ehemaligen Flüchtlingen die Kommunikation erleichtern. Im ruandischen Kontext können z.B. Theatergruppen, selbst produzierte Videos oder Hörspiele in Jugendzentren oder gegenseitige Projektbesuche an der Basis dazu beitragen, dass ein Austausch entsteht. Im Rahmen von Gacaca kann ebenfalls eine Chance für ZFD-Projekte liegen, Kommunikation und die gegenseitige Akzeptanz zu fördern, die gerade in der Gruppe der ehemaligen Flüchtlinge oft nicht mehr gegeben ist.

Schulen und Universitäten

Der Bedarf an einer friedensfördernden Erziehungs- und Bildungsarbeit dürfte inkaum einem Land evidenter sein als in Ruanda. Nach einer jahrzehntelangen Tradition ethnisierten und rassistischer Geschichtsschreibung und Schulbildung ist es dringend nötig, die Schulen und Universitäten von diesen Curriculae zu befreien und neue Lehrinhalte zu vermitteln.

Die Schulen bieten den besten Zugang, die erste Generation nach dem Genozid über die Ursachen und Mechanismen der Gewalt in Ruanda aufzuklären. Außerdem können sie dazu beitragen, Methoden der gewaltfreien Konfliktlösung an die Jugendlichen zu vermitteln. In den Lehrplänen soll nach den Angaben der ruandischen Regierung zukünftig eine ideologiefreie Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit ebenso verankert werden wie die Reflexion über die Spaltungspolitik des Regimes nach der Unabhängigkeit. Zumindest die ca. 60% der Jugendlichen, die tatsächlich bis zum Abschluss der Primarstufe die Schule besuchen, könnten damit ein aufgeklärteres Geschichts- und Gesellschaftsbild vermittelt bekommen, als die Generationen vor ihnen.

Auch die Universitäten, besonders die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten, sollen nach dem erklärten Willen der ruandischen Führung jetzt ohne politischen Auftrag frei wissenschaftlich arbeiten und publizieren dürfen. Vor allem in den Bereichen der Geschichtsschreibung und der politologischen und soziologischen Theorie besteht ein hoher Bedarf an

einer Auseinandersetzung mit dem Entstehen und den Legitimationsversuchen einer ethnisier-
ten Bevölkerung und politischen Elite. Sollte es ge- lingen, auf diesen Gebieten zu einer quali-
tativ hochwertigen Forschung zu gelangen, wäre das ein wichtiger Beitrag zum internationa-
len Diskurs um die Möglichkeit der Gewaltreduktio- nunddesKrisenmanagements.
Neben der wissenschaftlichen Leistung haben die Uni- versitäten den weiterreichenden Auf-
trag, ihre Studierenden, aber auch die Eliten im La- nd mit Impulsen zum gesellschaftlichen
Diskurs zu versorgen. Initiativen zur Auseinanderse- tzung mit der eigenen Vergangenheit und
der gesellschaftlichen Konfliktbewältigung werden v- onderNationalenUniversitätinButare
erwartet. Sie könnte eine Vorreiterrolle bei der En- tstehungeinerlebendigenundleistungsfä-
higen Zivilgesellschaft übernehmen.

Projektmöglichkeiten im ZFD

Fachkräfte des ZFD könnten in Ruanda die Arbeit der GTZ bei der Entwicklung von Lehrplä-
nen um die Komponente der Vermittlung friedenssiche- rderInhalteergänzen. Vor allem das
Curriculum des Geschichtsunterrichts bedarf einer g- ründlichenRevision, um rassistische und
ideologische Inhalte aus den Lehrmitteln zu entfernen und sie durch ein kritisch-analytisches
Herangehen an die Vergangenheit des Landes zu erset- zen.

Im Kultusministerium können außerdem Konzepte für F- ortbildungen in gewaltfreier Kon-
fliktbewältigung entwickelt werden, die in Training- sprogrammen an LehrerInnen oder Schü-
lervertreterInnen der weitergegeben werden. Aufgabe- pädagogischerBeraterInnen könnte es
sein, Kampagnen von NRO zum Konfliktmanagement in d- en Schulen zu betreuen. Durch
Theatergruppen, Aufsatzwettbewerbe, Musik- und Tanz- gruppen etc. kann die Auseinander-
setzung mit der Gewaltvergangenheit gefördert werde- n und gleichzeitig eine Basis für eine
spielerische Annäherung der SchülerInnen unterschiedlicher Herkunft entstehen.

Ander Nationalen Universität in Butare wird der zei- tein Zentrum für Friedens- und Konflikt-
forschung aufgebaut. Hier könnten ZFD-Fachkräfte eb- enfalls einen Beitrag dazu leisten, eine
Kultur der friedlichen Konfliktbewältigung in Ruand- a wachsen zu lassen. Die Förderung ei-
nes internationalen Wissenschafts- und Studierenden- austauschs unterstützt die Forschung und
öffnet das Bewusstsein für die mögliche Koexistenz- vielfältiger Lebensformen.

Durch die Sammlung von Zeugenaussagen, Auswertung v- on Daten und wissenschaftliche
Erforschung der Geschichte des Genozids kann ein Be- itrag zum Abbau von stereotypen Men-
schen- und Geschichtsbildern geleistet werden, und- damit auch ein Schritt zur Entmystifizie-
rung ethnischer Identitätskonzepte. ZFD-Mitarbeiter- Innen können diesen Forschungsprozess
begleiten, und dabei helfen, die Ergebnisse einer b- reiten Bevölkerungsschicht zugänglich zu
machen und den gesellschaftlichen Diskurs fördern.

Medien

Als wichtiges Sprachrohr der Zivilgesellschaft soll von ZFD-Projekten eingeplant werden. Bisher ist Ruanda nur in kleinen Ansätzen vertreten. Der einzige Radiosender und die einzige zugelassene Radiostation sind fest in staatlicher Hand, und unregelmäßig erscheinende Publikationen staatlich kontrolliert. Unabhängige JournalistInnen sind in der Vergangenheit immer wieder ohne Prozess festgehalten worden. Gerade weiterzubilden und die Entstehung unabhängiger Medien der staatlich gelenkten Medien könnten Fortbildungsangebote, bessere Präsentationstechniken und kreative Gestaltungsmöglichkeiten qualitativer Arbeit zu leisten. Für die JournalistInnen, die diesen Schritt in die Unabhängigkeit wagen, ist es vor allem wichtig, in nationale und internationale Netzwerke eingebunden zu sein. Damit können sie sich finanzielle Vorteile, aber auch Schutz bei der Ausübung ihres Berufes sichern. So bat der Chefredakteur von Rwanda Newline, John Mugabi, beim Besuch deutscher JournalistInnen in seiner Redaktion im Frühjahr 2000 darum, dass sie ihm doch regelmäßig kurze E-Mails schicken mögen oder gar einen kleinen Artikel über seine Arbeit in deutschen Zeitungen publizieren. Denn mit bekannten Kontakten zu deutschen Medien wäre es nach seiner Einschätzung für den ruandischen Sicherheitsdienst sehr viel problematischer, ihn ohne Begründung zu inhaftieren.

Bisher hat die ruandische Regierung alle Ansätze zu unterbunden. Das Radio stellt im Land das wichtigste Mass Medium dar. Zeitungen können kaum gekauft und gelesen werden, Fernsehen ist aus Kostengründen auch kaum verbreitet, aber Radiogeräte sind günstig in der Anschaffung und im Betrieb, und der Empfang ist überall im Land möglich. Die Einrichtung einer unabhängigen Rundfunkstation mit einem qualitativ hochwertigen Programm könnte also ein wichtiges Instrument der Zivilgesellschaft sein, um sich zu artikulieren, ihre Zielgruppen anzusprechen und den öffentlichen Diskurs zu erweitern.

Projektmöglichkeiten im ZFD

Die staatlich gelenkten Medien sind in Ruanda viel zu einflussreich und durch ihre monopolartige Ausprägung auch zu wichtig, um sie bei ZFD-Projekten im Bereich Medien auszuklammern. Stattdessen kann gerade in diesem staats-

tendie Medien vorrangig in die Konzeption einer unabhängigen Medienlandschaft in die geFernsehsender und die einzige zugelassene auch die Presse ist bis auf wenige unregelmäßig erscheinende Publikationen staatlich kontrolliert. Unabhängige und regierungskritischer wieder bedroht, verhaftet und bis zu edeshalb ist es wichtig, JournalistInnen einzufördern. Für die MitarbeiterInnen über sauberes Recherchieren, verbesserter Reportagen helfen, im Rahmen der Arbeit zu leisten.

hängigkeit und Selbständigkeit wagen, ist le Netzwerke eingebunden zu sein. Damit utz bei der Ausübung ihres Berufes sichern.

Mugabi, beim Besuch deutscher JournalistInnen, dass sie ihm doch regelmäßig kurze E-Mails schicken mögen oder gar einen kleinen Artikel über seine Arbeit in deutschen Zeitungen publizieren. Denn mit bekannten Kontakten zu deutschen Medien wäre es nach seiner sehr viel problematischer, ihn ohne Begründung zu inhaftieren.

r Gründung eines privaten Radiosenders e Mass Medium dar. Zeitungen können kaum gekauft und gelesen werden, Fernsehen ist aus Kostengründen auch kaum verbreitet, aber Radiogeräte sind günstig in der Anschaffung und im Betrieb, und der Empfang ist überall im Land möglich. Die Einrichtung einer unabhängigen Rundfunkstation mit einem qualitativ hochwertigen Programm könnte also ein wichtiges Instrument der Zivilgesellschaft sein, um sich zu artikulieren, ihre Zielgruppen anzusprechen und den öffentlichen Diskurs zu erweitern.

zu einflussreich und durch ihre monopolartige Ausprägung auch zu wichtig, um sie bei ZFD-Projekten im Bereich Medien auszuklammern. Stattdessen kann gerade in diesem staats-

wenn es gelingt, die Qualität der Berichterstattung zu heben und vor allem den Radiosender mehr zu pädagogischen und aufklärenden als zu Propaganda-Zwecken einzusetzen. Der Vergleich mit Uganda zeigt, dass im Bereich HIV-Prävention oder bei der Geburtenkontrolle Radiosendungen einen enormen informativen Effekt haben können. Deshalb sind auch bei der Vorbereitung auf die Gacacas, aber auch im öffentlichen Diskurs um den Umgang mit der Vergangenheit bis hin zu Versöhnungsansätzen von den Medien positive Impulse denkbar. ZFD-Fachkräfte mit journalistischer Erfahrung können dabei helfen, die MitarbeiterInnen in ihren Arbeitsmethoden zu schulen und damit das Niveau der täglichen Berichterstattung deutlich zu heben.

Als Gegengewicht sollte auch ein Projekt zur Förderung unabhängiger JournalistInnen unterstützt werden. Vor allem Vernetzung und ein internationaler Austausch können diesen Medienleuten helfen, sich in der Konkurrenz mit den staatlichen Anbietern zu behaupten und ihre persönliche Sicherheit zu erhöhen. Auch bei den privaten Print-Medien ist es wichtig, die Qualität ihrer Produkte durch Fortbildungen zu verbessern und die Arbeitsmethoden im Bereich Recherche und Publikation zu optimieren. Denn nur attraktive Angebote werden letztlich den engen Markt von LeserInnen erobern und damit auch Alternativen zu IMVAHO und THE NEW TIMES bilden können.

Letztlich sollte sich die kleine Szene der freien JournalistInnen soweit etablieren, dass es evtl. doch gelingt, eine eigenen Radiosender neben dem staatlichen Rundfunk aufzubauen und langfristig betreiben zu können. Wünschenswert wäre etwa ein Projekt zum Management eines „offenen Kanals“ mit regelmäßigen Sendestunden, in denen etwa NRO, Frauengruppen, Jugendlichen, kulturellen Initiativen, Kirchen, etc. die Möglichkeit gegeben wird, ihre Inhalte darzustellen.

Staatliche Kommissionen

Die Nationale Menschenrechtskommission und die staatliche Einheits- und Versöhnungskommission (URC) sind beide interessante Partnerinnen für eine Kooperation im Rahmen des ZFD. Die staatliche Anbindung kann, neben den inhärenten Nachteilen und Beschränkungen, auch als Vorteil für eine ungestörte und finanziell abgesicherte Arbeitsatmosphäre gelten. Im Gegensatz zu kleinen NRO, die im Bereich Menschenrechte und Versöhnung arbeiten, haben die staatlichen Kommissionen leichten Zugang zu großen finanziellen Ressourcen, den Medien und damit auch zu einer sehr umfassenden Zielgruppe. Sie erreichen mit ihren Publikationen und Kampagnen schnell einen Großteil der Bevölkerung.

Die URChatsich vorgenommen, das Thema Versöhnung auf einer möglichst breiten öffentlichen Basis zu diskutieren. Rassistische und ethnisi erende Stereotypen sollen durch Aufklärung und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit überwunden werden, um einer nationalen Einheit aller RuanderInnen Raum zu machen. Dieses Ziel wird durch Medienauftritte, Besuche in den Schulen, Verbänden, Vereinen und ländlichen Gemeinden verfolgt. Auch in der wissenschaftlichen Forschung sollen in Kooperation mit der Nationalen Universität Butare Fortschritte in der soziologischen und historischen Analyse der Ursachen des Genozids gemacht werden, mit deren Hilfe dann Ansätze für friedliche Formen des Zusammenlebens wachsen können. Daneben möchte die Versöhnungskommission TrainerInnen ausbilden, die z.B. in den Solidaritäts-Camps, aber auch in Schulen oder Jugendzentren Methoden der gewaltfreien Konfliktbewältigung vermitteln. In all diesen Arbeitsbereichen könnten ZFD-Fachkräfte erfolgreich Einsatzfelder finden. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der UR soll in der Beratung der Regierung liegen, wenn diese alle aus der Zeit vor 1994 übernommenen Gesetzestexte dahingehend überprüft, ob sie eventuell zur Verbreitung rassistischer Inhalte oder zur Straflosigkeit für Genozid-TäterInnen beitragen. Alle juristischen Instrumente, aber auch die Medien und die Arbeit der Zivilgesellschaft sollen permanent auf Tendenzen zur Spaltung und zur Verhärtung der rassistischen Stereotypen in der Gesellschaft hin überwacht und gegebenenfalls beanstandet werden.

Die nationale Menschenrechtskommission hat sich die Untersuchung und Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und Gegenwart zum Ziel genommen. Das bedeutet, dass Aussagen von Tatzeugen aufgenommen und archiviert werden. Komplexere Fälle sollen im Gesamtzusammenhang untersucht und die Ergebnisse an die Justizbehörden weitergeleitet werden. Es ist geplant, in allen Präfelduren Büros einzurichten, in denen die Bevölkerung Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen einbringen kann. Der Schwerpunkt soll zunächst auf der Erforschung der Zusammenhänge der Entstehung und Durchführung des Genozids liegen.

Für die bereits aktiven NRO auf dem Gebiet der Menschenrechte möchte die Nationale Menschenrechtskommission Ansprechpartnerin und Vermittlerin von Netzwerken sein. Aussagen sollen gebündelt und Berichte geschrieben werden, die dann der Regierung, aber auch internationalen Beobachtern zugänglich gemacht werden.

Projektmöglichkeiten im ZFD

Auch wenn der ZFD seinen Schwerpunkt in der Förderung der Zivilgesellschaft haben sollte, kann gerade die institutionelle Förderung der nationalen Kommission für Versöhnung und Menschenrechte lohnend für eine Projektzusammenarbeit sein. Beide Institutionen bieten einen guten administrativen und logistischen Ausgangspunkt für breit angelegte Kampagnen zur Aufklärungsarbeit. Wenn diese beiden Kommissionen tatsächlich produktiv arbeiten, sich gut mit den NRO vernetzen und ihr eigenes Gewicht gegenüber den Regierungsinteressen entwickeln, können sie für die Entwicklung einer friedlichen Gesellschaftsstruktur im Land sehr nützlich sein. Gleichzeitig kann die Beratung durch westliche ExpertInnen dazu beitragen, dass die Gefahr der Instrumentalisierung der Kommissionen durch die politische Führung gemildert wird.

Konkrete Projektmöglichkeiten bieten sich bei der Versöhnungskommission vor allem im Bereich der Prüfung und Korrektur von Gesetzestexten an. Außerdem ist die Schulung von MitarbeiterInnen in Methoden der Öffentlichkeitsarbeit gerade für Medienkampagnen sicher ein fruchtbares Aufgabengebiet. Ebenso können TrainerInnen für die Ausbildung von MultiplikatorInnen in gewaltfreiem Konfliktmanagement ausgebildet und bei ihrer Arbeit in den Dörfern begleitet werden. Angesichts der Größe und der finanziellen Mittel, über die die URC verfügt, wäre auch Unterstützung im administrativen und Management-Bereich sinnvoll, um einen angemessenen Mittel-Abfluss zu erreichen. Allerdings hat die Leiterin der URC solche Pläne bisher als Versuche der „Einmischung“ vehement abgelehnt. Wie oben beschrieben stellt die Solidaritäts-Camps mit ihrer militärischen Prägung ein sehr zweifelhaftes Arbeitsgebiet der URC dar. Sollte die Kommission unter Einfluss der Regierung nicht bereit sein, die Camps in dieser Form aufzubauen, ist eine Unterstützung der URC sicher politisch nicht legitimierbar. Im Falle der Kompromißbereitschaft könnten Fachkräfte des ZFD jedoch einen wertvollen Beitrag dazu leisten, die Camps grundlegend umzugestalten und zu pädagogisch sinnvollen Instrumenten der Vermittlung von versöhnenden und friedensfördernden Inhalten machen.

In der Zusammenarbeit mit der Menschenrechtskommission bieten sich für den ZFD drei Projektfelder an. Zum einen kann die Organisation bei der Aufnahme, Dokumentation und wissenschaftlichen Verarbeitung von Zeugenaussagen unterstützt werden. D.h., PsychologInnen, PädagogInnen oder SoziologInnen können die MitarbeiterInnen fortbilden, die in den ländlichen Regionen die Aussagen der Beteiligten am Genozid, aber auch an anderen Menschenrechtsverletzungen sammeln und schriftlich festhalten. In einem zweiten Schritt wird dann Unterstützung bei der Auswertung der gewonnenen Daten nötig, bevor Berichte verfasst werden können, die an die Öffentlichkeit gehen.

Zweitens bedarf die Kommission auch der Beratung im Management und in der Administration, um als Institution mit den reichlich vorhandenen Mitteln optimal haushalten zu können. Fortbildungen können den MitarbeiterInnen dabei helfen, moderne Kommunikationsmittel sinnvoll zu nutzen und auch in den ländlichen Büros die Verwendung der Mittel für Kampagnen oder die öffentlichen Sprechstunden mit einer einfachen Buchführung zu verwalten. Drittens können Fachkräfte des ZFD dabei helfen, die Kommission in ein internationales Netzwerk von NRO und Regierungsorganisationen einzubinden, die alle in ihren Regionen für die Einhaltung der Menschenrechte kämpfen. Damit könnte der Aktionsradius der Kampagnen erweitert und gleichzeitig Wissen über optimale Arbeitsmethoden erworben werden. Alle drei Ansätze sollten schließlich dazu beitragen, die Eigenständigkeit der Kommission gegenüber dem Regierungsinteresse zu stärken. Vielleicht gelingt es schließlich sogar, dass auch die Verbrechen der RPF während und nach dem Genozid Gegenstand der Ermittlungen der nationalen Menschenrechtskommission werden.

Polizei und Armee

Polizei und Armee werden eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung der ruandischen Gesellschaft spielen. Denn wenn es gelingt, die Sicherheitskräfte in ein System von Checks and balances einzufügen und eine funktionierende Gewaltenteilung zu etablieren, hat die Zivilgesellschaft die Chance, ihre Aufgabe im Staat freier wahrzunehmen.

Zunächst müsste sicher auf der Regierungsebene und in der Verfassung klar die Rolle der Polizei und der Armee im Wechselspiel zu den anderen Gewalten geklärt werden. D.h., die Regierung müsste auch für das Instrument der Sicherheitskräfte institutionalisierte Machtbegrenzungen akzeptieren.

Bis es zu einer tatsächlichen Einschränkung der Zugriffsmacht der Staatsführung auf die Exekutivkräfte kommt, können ZFD-Projekte jedoch schon auf der Mikro- und in der mittleren Kommandoebene helfen, die tägliche Arbeit im Umgang mit den BürgerInnen weniger gewalttätig zu gestalten. Vor allem in den unteren und mittleren Polizeirängen besteht dringender Bedarf an Aufklärung über die Bedeutung der Menschenrechte im Arbeitsalltag der BeamtenInnen. Bei der Untersuchung von angezeigten Straftaten, im Objekt- und Personenschutz, beim Verhör von ZeugInnen und Beschuldigten, bei Festnahmen, in der Untersuchungshaft und im Umgang mit Angehörigen von Verdächtigen und StraftäterInnenInnen haben viele PolizistInnen noch keine Sensibilität für die Rechte der BürgerInnen, sondern setzen ihre Interessen in vielen Fällen mit Gewalt durch. Schläge und Brutalität bis hin zur Folter sind in der Tagesordnung in ruandischen Polizeirevierern. ZFD-Fachkräfte können hier Arbeitsmethoden

vermitteln, dies den Beamten ermöglichen, ihren Dienst respektvoll und dennoch effektiv zu versehen.

Daneben fehlt es auf der mittleren Führungsebene an Wissen über Personalplanung, Ausbildungsmethoden, Verwaltung und Motivation der MitarbeiterInnen. Vielfach herrscht ein autoritärer und klientelorientierter Führungsstil, der die Kreativität und Leistungsbereitschaft der unteren Dienstgrade stark einschränkt. Auch wenn die Korruptionsbereitschaft ruandischer PolizistInnen im afrikanischen Vergleich sehr niedrig liegt, gilt es auch hier, Aufklärungsarbeit zu leisten und Transparenz sowie Konsequenzen bei Verstößen durchzusetzen. In Kooperation mit der Armee, die in Ruanda häufig sehr ähnliche Aufgaben übernehmen. Bei der Ausbildung der SoldatInnen und bei ihrem Einmarsch im Inland gibt es Möglichkeiten zur Schulung im Umgang mit den BürgerInnen. Der Schwerpunkt sollte hier jedoch klar bei der Reduzierung der Truppenstärke sowie in Reintegrationsprogrammen für demobilisierte SoldatInnen liegen. Wenn auf der politischen Ebene starke Anreize dafür geschaffen werden, die ruandischen Truppen aus dem Kongo abzuführen und im Anschluss die Größe der Armee deutlich zu verringern, müssen flankierende Maßnahmen zur Versorgung der entlassenen SoldatInnen angeboten werden, um diesen eine Rückkehr in ihre ehemaligen Sozialstrukturen zu erleichtern.

Projektmöglichkeiten im ZFD

UNDP hat in den letzten Jahren bereits Trainingsprogramme für Polizei-MitarbeiterInnen finanziert. Der ZFD könnte diese Maßnahmen fortführen und in den Revieren MultiplikatorInnen ausbilden, die gewaltfreie Arbeitsmethoden für die BeamtenInnen vermitteln. Oftmals haben die PolizistInnen keine Kenntnisse darüber, wie sie ihre Aufgaben respektvoll und gewaltlos, aber dennoch produktiv wahrnehmen können. Kenntnisse über Menschenrechte und deren Bedeutung für die tägliche Arbeit sind nur selten gegeben. Es gilt daher in vielen Fällen, Stereotype und Feindbilder abzubauen und stattdessen ein Bewusstsein über deeskalierende Arbeitstechniken zu entwickeln, die die Grundrechte der BürgerInnen in den Vordergrund der Vorgehensweise stellen.

Die geringe Bezahlung, Überstunden, schlechte technische Ausstattung und rigide Hierarchien führen in vielen Fällen zu einer mangelnden Identifikation der PolizistInnen mit ihrer Aufgabe und letztlich zu Motivationsmängeln, die sich schließlich in Gewaltbereitschaft und Korruption äußern. Auf der mittleren Leitungsebene können daher die ZFD-ExpertInnen die Beamten in ihrem Führungsstil und im Management der Behörden weiterbilden.

Demobilisierungsprogramme haben sicherlich langfristig pazifizierende Effekte. Unmittelbar können sie jedoch starke Konflikte hervorrufen, den entlassenen SoldatInnen haben in

vielen Fällen nach der langen Zeit des Militärdienstes Schwierigkeiten, in ihre ehemaligen Familien zurückzukehren. Neben dem Kriegshandwerk haben sie keine beruflichen Fähigkeiten erworben und die Rückkehr in die Landwirtschaft der Eltern scheint ihnen unattraktiv oder das Land der Familie reicht nicht aus, um eine weiteren Sohn und evtl. dessen Frau und Kinder zu ernähren.

ZFD-Projekte in diesem Bereich haben also vorrangig die Aufgabe, Einkommenseinbußen der Ex-SoldatInnen abzufedern und neue Erwerbsmöglichkeiten zu entwickeln. Der beruflichen Qualifizierung kommt eine zentrale Stellung bei, wenn es gelingen soll, die Männer wieder in ihre soziale Umwelt zu integrieren. Die Umschulung zu PolizistInnen oder im boomenden Sektor des Wachschutzes sind bisher gängige Alternativen zur Arbeit als Söldner. Denkbar wären aber auch Fortbildungen im handwerklichen Bereich in Kombination mit einem Kleinkredit-Programm, das die Anschubfinanzierung einer selbständigen Tätigkeitsichert. Neben der wirtschaftlichen Förderung kann bei ehemaligen SoldatInnen auch die psychosoziale Betreuung notwendig sein, um sie wieder sozial zu integrieren. Traumatische Erlebnisse im Krieg belasten viele der ehemaligen VeteranInnen und beeinträchtigen ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit, aber auch ihre Fähigkeit, sich in Familien- und Dorfstrukturen einzugliedern. ZFD-ExpertInnen sollten auch diesen Aspekt in den Bedarf von Demobilisierungsprojekten einplanen.

Regierung

Bisher wurden in diesem Kapitel vor allem Ansätze für die ZFD-Arbeit in der mittleren und der Basisebene behandelt. Neben diplomatischen Beziehungen, dem bilateralen und multilateralen Dialog auf Regierungsebene und der Einbindung der ruandischen Regierung in internationale Organisationen und Bündnisse kann der ZFD auf der Makro-Ebene auch mit Kooperations-Projektentätig werden. Vor allem in den Ministerien bieten sich Möglichkeiten, mit ZFD-ExpertInnen beratend tätig zu werden. Dieser Aufgabenbereich, der im Umfeld der EZ üblicherweise von GTZ-MitarbeiterInnen abgedeckt wird, kann im speziellen Gebiet der Friedensförderung und Konfliktbewältigung durch ZFD-Fachkräfte ergänzt werden.

Der Schwerpunkt sollte hier in der Zusammenarbeit mit dem Justiz-, dem Sozial- und dem Verteidigungsministerium liegen. Neben Gacaca, Flüchtlingen, demobilisierten SoldatInnen und Ausbildungsplänen für Schulen bieten sich auch noch andere Themen an, die einer erheblichen Friedens- oder Krisenpotential beinhalten. Vor allem die Entwicklung einer neuen Verfassung könnte die Möglichkeit zur Kooperation von deutschen ExpertInnen mit der ruandischen Führung bieten.

Projektmöglichkeiten im ZFD

Projekte zur Beratung der Regierung sind sicherlich sehr anspruchsvoll, da sie sehr komplexe und oft widersprüchliche Ansprüche an die ExpertInnen des ZFD stellen. Zum einen kann eine Beratungsfunktion nur dann wahrgenommen werden, wenn eine gewisse Loyalität gegenüber dem Ministerium oder der Kommission, in der gearbeitet wird, vorhanden ist. Andererseits wird sicherlich immer eine distanzierte und kritische Haltung von den Fachkräften erwartet, um auch korrigierende Einflüsse in die Arbeit einfließen zu lassen.

Auch inhaltlich sind die Aufgaben oft nur unbefriedigend lösbar, da die Rahmenbedingungen etwa für die Lösung der Landproblematik, Siedlungsstrukturen für Flüchtlinge, die Betreuung von Trauma-Opfern oder die Demobilisierung von SoldatInnen sehr mangelhaft sind. Dennoch ist es wichtig, dass sich ein Landesprogramm ZFD auf allen Konfliktschwerpunkten und Gesellschaftsebenen bewegt, um eine ganzheitliche Krisenprävention betreiben zu können. Wenn es nicht gelingt, auch auf der Regierungsebene Voraussetzungen für eine nachhaltige Versöhnungsarbeit zu schaffen, werden die Bemühungen zur Gewaltvermeidung auch auf der Basis nicht langwirksam sein.

Krisenindikatoren überwachen

Bisher wurde erläutert, wie in der Kooperation mit einheimischen Regierungs- und NRO in konkreten Projekten das Gewaltpotential in Ruanda tendenziell verringert werden kann. Neben diesem klassischen Ansatz der EZ sollte jedoch auch ein unabhängiger und umfassender Versuch zur Krisenprävention im Rahmen des ZFD verwirklicht werden.

Ohne die Einbindung in den Rahmen eines klassischen EZ-Projekts sollten BeobachterInnen für die Überwachung von Krisenindikatoren ausgebildet und finanziell unterstützt werden. Es ist wichtig, in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen Informationen über potentielle Krisenherde zu sammeln und zu dokumentieren. Die fortlaufende Auswertung des militärischen Engagements in den Nachbarstaaten, der Regierungstätigkeit, der Aktivitäten der Zivilgesellschaft, von nationalen und internationalen Organisationen, des gesellschaftlichen Diskurses und der Integration in den regionalen und internationalen Markt, der ökonomischen Entwicklung und der Funktionalität der sozialen Versorgung deckt die wichtigsten einernoch viel größeren Anzahl von Indikatoren eines möglichen gewaltförmigen Konfliktaustrags ab. Das bedeutet, dass die BeobachterInnen Zugang zu breiten Bevölkerungsschichten haben müssen. Die Kenntnis der lokalen Sprache Kinyarwanda ist daher unerlässlich.

Die verschiedenen Informationsquellen sind unterschiedlich schwierig zugänglich. Während es kein Problem ist, in den Medien das aktuelle Tagesgeschehen zu verfolgen, dürfte es für

den Außenstehenden kaum möglich sein, über die Handlungsbotschaften und internationalen Beziehungen zu Botschaften und internationalen Gleichwohl sollte die Unabhängigkeit des Beobachters Berichterstattung oder Parteilichkeit zu vermeiden.

lungsabsichtender Regierung, besonders, näheres zu erfahren. Networking, Organisationen sind daher wichtig. Teams gewahrt bleiben, um tendenzi-

Projektmöglichkeiten im ZFD

Im Rahmen des ZFD besteht die Möglichkeit, z.B. in Zusammenarbeit mit der Nationalen Universität von Ruanda die Gründung eines Zentrums für Konfliktforschung zu unterstützen. ExpertInnen des ZFD können dabei die Ausbildung und Beratung für lokale WissenschaftlerInnen und JournalistInnen übernehmen.

Zusammenarbeit mit der Nationalen Universität von Ruanda die Gründung eines Zentrums für Konfliktforschung zu unterstützen. Beratung für lokale Wissenschaftler-

Zunächst sollte ein an die lokalen Verhältnisse angepasster Katalog von Krisenindikatoren entwickelt werden. Nicht alle Anzeichen eines gewaltförmigen Konfliktaustrags lassen sich wie aus dem Lehrbuch direkt auf die ruandische Realität übertragen. Statt dessen gilt es, spezifische Signale innerhalb der traditionellen Kontextes und im Rahmen der Kultur der gesellschaftlichen Spaltung zu bestimmen. Anhand dieses Kataloges von Krisenindikatoren kann dann auf möglichst breiter Basis in der Gesellschaft das vorhandene Krisen- und Gewaltpotential abgeschätzt werden.

angepasster Katalog von Krisenindikatoren entwickelt werden. Nicht alle Anzeichen eines gewaltförmigen Konfliktaustrags lassen sich wie aus dem Lehrbuch direkt auf die ruandische Realität übertragen. Statt dessen gilt es, spezifische Signale innerhalb der traditionellen Kontextes und im Rahmen der Kultur der gesellschaftlichen Spaltung zu bestimmen. Anhand dieses Kataloges von Krisenindikatoren kann dann auf möglichst breiter Basis in der Gesellschaft das vorhandene Krisen- und Gewaltpotential abgeschätzt werden.

Nach der Überwachung der Krisenwahrscheinlichkeit ist jedoch ein zweiter Schritt notwendig, der bisher in der EZ und in den internationalen Beziehungen mit den Ländern des Südens sehr oft vernachlässigt wurde: Auf die Reaktionen der MitarbeiterInnen im ZFD sollten neben der Überwachungsfähigkeit vor allem die Kommunikationskompetenz ihrer lokalen Partner stärker gemacht werden, damit sie konsequenter reagieren und angesprochen werden können. Das Zentrum für Konfliktforschung sollte also langfristig in ein starkes Netzwerk von Partnerorganisationen hineinwachsen, die es bei der Durchsetzung seiner Forderung nach internationaler Beachtung unterstützen. Damit wird vermieden, dass etwa Faktensammeln und reportiert werden, die Berichte jedoch unbeachtet bleiben, weil hinter ihnen kein öffentliches Interesse steht, das ein umgehendes Handeln westlicher Geber erzwingt.

ist jedoch ein zweiter Schritt notwendig, der bisher in der EZ und in den internationalen Beziehungen mit den Ländern des Südens sehr oft vernachlässigt wurde: Auf die Reaktionen der MitarbeiterInnen im ZFD sollten neben der Überwachungsfähigkeit vor allem die Kommunikationskompetenz ihrer lokalen Partner stärker gemacht werden, damit sie konsequenter reagieren und angesprochen werden können. Das Zentrum für Konfliktforschung sollte also langfristig in ein starkes Netzwerk von Partnerorganisationen hineinwachsen, die es bei der Durchsetzung seiner Forderung nach internationaler Beachtung unterstützen. Damit wird vermieden, dass etwa Faktensammeln und reportiert werden, die Berichte jedoch unbeachtet bleiben, weil hinter ihnen kein öffentliches Interesse steht, das ein umgehendes Handeln westlicher Geber erzwingt.